

Rede zur Regierungserklärung LH Sausgruber  
Landtagssitzung 4. November 2009

Klubobmann Johannes Rauch, Grüne

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Präsidentin, hoher Landtag, Herr Landeshauptmann!

Die Kernbotschaft Ihrer Regierungserklärung, Herr Landshauptmann, lässt sich mit einigen wenigen Worten zusammenfassen. Sie lautet: „Weitermachen wie bisher, dann bleibt alles, wie es war!“ Dass das eine Illusion ist, kann man mit freiem Auge und gesundem Menschenverstand erkennen, wenn man sich vor Augen führt, in welcher dramatischer Weise sich die Welt in den letzten Jahren verändert hat:

- Klimawandel, Rohstoffverbrauch, zu Ende gehende Öl- und Gasvorräte stellen uns vor Herausforderungen, wie sie noch nicht da gewesen sind
- Wirtschaftskrise und ein Beinahekollaps des gesamten Finanzsystems, abgewendet mit aberwitzig hohen Milliardenbeträgen aus den öffentlichen Haushalten, von Ihnen in völliger Verkennung der Lage beschönigend als „schwierige Situation“ bezeichnet, haben uns Arbeitslosenzahlen beschert, wie wir sie seit 1945 noch nicht hatten
- Eine ständig älter werdende Gesellschaft, in der immer weniger Erwerbstätige eine immer größer werdende Zahl von Pensionistinnen und Pensionisten und ein immer teurer werdendes Spitals- und Pflegesystem finanzieren müssen, bei der gleichzeitigen Aussicht vieler junger Menschen, selber im

Alter aus diesem Generationenvertrag hinauszufallen sorgen für wachsende Unruhe

- Zunehmende soziale Ungleichheiten mit wachsender Armut  
Vieler auf der einen und gleichzeitig unverschämt wachsendem Reichtum Weniger auf der anderen Seite führen zu einer grotesken sozialen Schieflage

Von all diesen Phänomenen ist auch Vorarlberg betroffen. Sie, Herr Landeshauptmann, wollen das genauso wenig wahrhaben wie die Tatsache, dass sich die Lebensgewohnheiten und Lebensverhältnisse der Menschen massiv verändert haben: die Art und Weise, wie Männer und Frauen zusammenleben, sich für oder gegen Kinder entscheiden, sich für oder gegen Berufstätigkeit entscheiden; die Art und Weise und vor allem die Geschwindigkeit mit der die Anforderungen in den Betrieben sich verändern; die Art und Weise wie sich Jugendliche, die keine Perspektive für sich sehen, ausklinken.

Mag sein, dass Sie in Ihrer Welt, in Ihrem Weltbild keine Erklärung dafür haben und gerade deshalb so stur daran festhalten.

Weiterbringen wird uns das nicht, im Gegenteil. „Weiter wie bisher“ heißt, dass Vorarlberg den Anschluss zu verlieren droht.

„Weiter wie bisher“ heißt, die Veränderungen zu ignorieren und notwendige Anpassungen zu verpassen. „Weiter wie bisher“ heißt, Innovation zu verweigern, sich Neuem zu verschließen, sich abzuschotten. „Weiter wie bisher“ heißt, verblendet und arrogant und in vollkommener Selbstüberschätzung zu glauben, auf die großen neuen Herausforderungen von morgen mit den immer gleichen Rezepten von gestern antworten zu können.

Insofern ist Ihre Regierungserklärung auf dieser einen, einzigen Illusion aufgebaut, mit „weiter wie bisher“ kämen Sie und das Land Vorarlberg auch die nächsten fünf Jahre über die Runden und aus der Wirtschaftskrise heil heraus. Was für ein schwerwiegender, was für ein fataler Irrtum!

Was Vorarlberg braucht, meine Damen und Herren, sind mutige, neue Schritte, Ideen, Visionen, Pioniergeist!

Wir können eben nicht weitermachen wie bisher in Sachen Wirtschaft und Arbeitsplätze! Wir brauchen den Mut und die Entschlossenheit zu sagen, ja, wir können 5000 neue, grüne Arbeitsplätze schaffen! Weil wir sie brauchen. Weil viele von den jetzt verloren gegangenen Jobs in der Industrie in dieser Form nicht wieder kommen. Weil wir hinein müssen in die Umwelttechnik-Branchen, mit einer kompletten Umstellung der Wirtschaftsförderung genau in diesen Bereich hinein. Weil wir erkennen müssen, dass wir vor einem Strukturwandel stehen, der ähnlich tiefgreifend ist, wie jener der dem Niedergang der Textilindustrie folgte.

Wir können, genau aus dem oben erwähnten Grund, in der Bildung eben nicht weitermachen wie bisher, weil wir erkennen müssen, dass bessere Ausbildung, lebenslanges Lernen, nachholen von Bildungsabschlüssen, höhere Qualifikationen, mehr Hochschulabsolventen, mehr FacharbeiterInnen notwendig sind, um für die Zeit nach der Krise gerüstet zu sein! Und dass es dafür ein Bildungsmodell Vorarlberg braucht, das auf gemeinsame Schule und Ganztagschule setzt, auf Lernhilfe statt Nachhilfe, darauf, dass kein Kind zurückgelassen werden darf, weil wir uns das schlicht nicht leisten können. Wir müssen begreifen, dass Bildung der Schlüssel für die Zukunft der Region Vorarlberg ist, wollen wir nicht massiv ins

Hintertreffen geraten gegenüber Regionen, die das längst erkannt haben und entsprechend handeln.

Wir können und dürfen es uns eben nicht leisten, mit Natur und Landschaft, Grund und Boden, Luft und Wasser weiterhin so verschwenderisch umzugehen wie bisher. Je knapper ein Gut, desto teurer wird es. Beim Natur- und Landschaftsverbrauch haben Sie, Herr Landeshauptmann, in Ihrer bisherigen Regierungszeit mit der Sorglosigkeit eines Verschwenders agiert, der so tut, als hätte er eine zweite Welt im Kofferraum, die aktiviert werden kann, wenn die alte verbraucht ist. Das Land auch für künftige Generationen zu erhalten ist nicht bloß eine Vision, sondern eine schlichte Frage der Gerechtigkeit: wer gibt Ihnen das Recht, zu verbrauchen, wovon unsere Kinder und Enkelkinder in Zukunft leben müssen? Vielleicht schaffen Sie es zumindest, mit Ihrer einzigen brauchbaren Vision, die Sie ohnehin von uns geschenkt bekommen haben, Ernst zu machen: ein energieautonomes Vorarlberg ist keine Spinnerei, sondern eine schlichte ökonomische Notwendigkeit, wenn Öl- und Gaspreise in astronomische Höhen steigen werden.

Was Sie ganz und gar nicht begriffen haben, ist, dass Sie es waren, die in diesem Land zwanzig Jahre lang die Integrationspolitik verschlafen haben und damit zum besten Wahlhelfer der FPÖ geworden sind. Es ist nicht ausreichend, darauf mit der Einrichtung eines Integrationsausschusses zu reagieren, aber gleichzeitig die Agenden in den Händen des Sicherheitslandesrates zu lassen, verbunden mit dem klaren Signal, dass Integrationsprobleme für Sie offenbar in erster Linie Sicherheitsprobleme sind. Die Chance, die

sich durch die Neuverteilung der Ressorts geboten hat, haben Sie nicht einmal erkannt und somit auch nicht genützt. Die Tatsache, dass Vorarlberg auf funktionierende Zuwanderung angewiesen ist leugnen Sie mit einer Beharrlichkeit, die zwar nicht neu, aber im Lichte der Entwicklung doch erstaunlich ist. Schon bei Ihrer letzten Regierungserklärung vor fünf Jahren haben Sie ja in diesem Zusammenhang einen „Zuzugsstopp“ gefordert, diesmal bleiben Sie jede Antwort darauf schuldig, wie Sie gedenken, Ihre und die Versäumnisse Ihrer Vorgänger in dieser Frage auch nur ansatzweise zu beheben. Dass es Geld, Personal und Strukturen, vor allem aber den politischen Willen braucht, jenseits aller Pauschalverurteilungen und auf Grundlage von Verfassung und Menschenrechten das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen friedlich zu gestalten, sich den Problemen zu stellen und mit der notwendigen, wenn auch mühsamen Beharrlichkeit nach Konfliktlösungen zu suchen, ist bei Ihnen nicht erkennbar. Sie befinden sich damit auf einer Linie mit einer Innenministerin, die sich von Tag zu Tag mehr im Ton vergreift und damit einen politischen Flurschaden anrichtet, der unermesslich ist.

Von den nicht gemachten Hausaufgaben der letzten Legislaturperiode haben wir noch gar nicht gesprochen, vor allem von jenen, von denen Sie am liebsten gar nicht reden würden: die katastrophale Finanzsituation vieler Gemeinden zum Beispiel oder die uneingelöste Jobgarantie für Jugendliche, die Probleme der Jugendwohlfahrt und die fahrlässige personelle Unterbesetzung dort, die überfällige Zusammenführung von ambulanter und stationärer Pflege, die ungelösten Rechtsprobleme zwischen Agrargemeinschaften und Gemeinden, die Überstundensituationen des ärztlichen und des Pflegepersonals an den Spitälern – um nur

einige Beispiele zu nennen. All das wollen Sie, jedenfalls vor den Gemeindewahlen, unter der Decke halten. Es wird Ihnen, das kann ich Ihnen versichern nicht gelingen.

Sie haben, Herr Landeshauptmann, mit dem Versprechen, „alles bleibt wie es ist, wenn nur ich bleibe“ die Wahl gewonnen. Dass Ihnen die Menschen das geglaubt haben, kann man niemandem verübeln: wer glaubt schon gerne das Gegenteil, wenn ihm versprochen wird, dass alles gut wird in schwierigen Zeiten. Dieser Irrtum wird in wenigen Monaten der ernüchternden Erkenntnis weichen, dass wieder einmal ein Politiker etwas versprochen hat, was er nicht halten kann. Sei ´s drum. Schlimmer, viel schlimmer ist der Befund, dass Sie selbst, Herr Landshauptmann, tatsächlich glauben, kosmetische Minimalkorrekturen würden ausreichen, um die Zukunft zu meistern. Und mit Ihnen glaubt es, wen wundert ´s, die Mehrheitsfraktion im Vorarlberger Landtag. Jene Fraktion, deren Aufgabe es ist, artig abzunicken, was von Ihnen an Programm vorgegeben wird. **Sie nehmen damit das Land in die Geiselhaft Ihrer Zukunftsverweigerung und zwingen ihm eine Rückwärtsgewandtheit auf, die es nicht verdient hat. Sie verwechseln auf fatale Art und Weise „konservativ“ mit „konservieren“, und „klarer Kurs“ mit „Starrsinnigkeit“. Ihnen fehlt, bei allem Respekt, der Mut, in einer schwierigen Situation zu erkennen, dass es neue Wege braucht, Ideen, Innovation, auch unkonventionelle Zugänge zu Problemen. Ihre Regierungserklärung ist eine Bankrotterklärung in Sachen Zukunftsfähigkeit.**

Ihre Regierungserklärung und das Verhalten der ÖVP in den wenigen Wochen nach der Landtagswahl haben gezeigt, worum es Ihnen

geht: um die Wahrung und Ausübung der Macht, und zwar mit einem Absolutheitsanspruch, der auch durch dieses Wahlergebnis in keiner Weise gerechtfertigt ist. Sie verhalten sich, meine Damen und Herren von der ÖVP, wie die CSU in Bayern in den letzten Jahren der Ära Stoiber.

Absolute Mehrheit, Herr Landeshauptmann, heißt aber noch lange nicht, dass sich die Opposition deswegen absolut alles gefallen lassen muss.

Sie werden in uns, meine Damen und Herren, mehr als nur einen kritischen Begleiter in den nächsten fünf Jahren haben. Wir werden dem zügellosen Ausleben Ihrer Machtphantasien Grenzen setzen, und zwar mit aller gebotenen Schärfe und Deutlichkeit. Und wir werden tun, wozu Sie nicht in der Lage sind: Die Weiterentwicklung des Landes vorantreiben, die zentralen Zukunftsfragen aufgreifen, die Ideen liefern, die es braucht, um für die Welt nach der Krise gerüstet zu sein. Wir werden Ihnen, nach der Vision des energieautonomen Vorarlberg, mit aller Energie, die wir aufbringen können, beim Klimaschutz Beine machen, nicht locker lassen, wenn es um das Bildungsland Vorarlberg geht, das die Weichen stellt für die Zukunft der nächsten Generation. Wir werden Sie damit konfrontieren, wie uns andere Regionen in Sachen neue grüne Jobs den Rang ablaufen und Sie nötigen, nachzuziehen und Ihre Versprechungen einzuhalten. Wir werden Ihnen in der Integrationspolitik vormachen, was es heißt, Brücken zwischen den Kulturen zu bauen und nach zwanzig versäumten Jahren Nägel mit Köpfen zu machen. Wir werden auf die Barrikaden steigen, wenn Sie, wie schon angedeutet, die Sozialbudgets mit der Rasenmähermethode kürzen wollen. Wir werden das tun, weil wir unsere Verantwortung für das Land wahrnehmen, mit Bedacht darauf, dass nicht diejenigen

unter Ihre Räder geraten, die ohnehin immer zu kurz kommen. Und wir werden das alles tun mit der größtmöglichen Überzeugungskraft den Menschen gegenüber, mit einer glasklaren Zielsetzung: 2014 die Ära der absoluten ÖVP-Mehrheiten in diesem Land endgültig zu beenden.

Bis es soweit ist werden fünf Jahre vergehen. Leider, und das ist das fatale daran, fünf entscheidende, verlorene Jahre, in einer Situation, wo jedes versäumte Jahr doppelt zählt.

*„Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt,“* sagte Erich Fried.

Wir wollen nicht dass sie bleibt, wie sie ist: sie muss besser, ökologischer, gerechter, menschlicher werden. Im Unterschied zu Ihnen glauben wir, dass das möglich ist und dass es sich lohnt dafür zu kämpfen.

Auch in Vorarlberg.